

REGIERUNG

Blamiert und planlos

Focus v. 10.10.2005

Mit Zauber ist es vorbei

Westdeutsche Allgemeine v. 26.09.2005

Das schwarz-gelbe Loch von Düsseldorf

TAZ NRW v. 01.10.2005

Regieren will
gelernt sein

Eskalierende Schlammschlachten

Ruhr Nachrichten 18.03.2006

Rüttgers kann seine Bilanz nicht schönreden

Neue Rheinische

Mehr Pro
als Gäste
für die CL

Westdeutsche
16.01.2006

**Die schwarz-gelbe
Landesregierung:
Politik ohne Herz
und Verstand!**

Ein halbes

sowohl als auch

Westdeutsche Allgemeine 21.12.2005

gere Bilanz

Neue Westfälische v. 28.09.2005

Die Mühsal des Regierens

Frankfurter Rundschau 29.09.2005

Rüttgers' Regierung übt noch

Westdeutsche Zeitung 31.12.2005

Rüttgers, nachsitzen!

Rheinische Post v. 29.09.2005

STAND APRIL 2006



Die Fraktion.

Noch kein Jahr Schwarz-Gelb: Pleiten, Pech und Pannen

Bereits die 100-Tage-Bilanz der Regierung Rüttgers war enttäuschend. Doch spätestens seit der Verabschiedung des Haushalts 2006 ist für die Menschen in NRW klar, dass CDU und FDP im Wahlkampf mit der angekündigten Erneuerung nicht nur viel versprochen haben. Viel schlimmer: die schwarz-gelbe Landesregierung leitet in vielen Bereichen einen Wechsel ein, der der nordrhein-westfälischen Gesellschaft nicht gut tut. Sie verfolgt eine Politik, die geprägt ist von den zwei Prinzipien "Freiheit vor Gleichheit" und "Privat vor Staat". Das Land soll sich Stück für Stück aus seiner Verantwortung für die Menschen zurückziehen. Das bedeutet aber nicht mehr Freiheit für die Menschen in NRW - sie werden allein gelassen. Viele Betroffene haben das gemerkt und bereits reagiert. In ihrer kurzen Amtszeit sah sich die schwarz-gelbe Landesregierung deshalb bereits mit vielen Demonstrationen von Leidtragenden ihrer unsozialen und wortbrüchigen Politik konfrontiert. Seien es Frauen- und Jugendverbände, Studenten, Polizisten, Richter, Lehrer, Beamte oder Klinkangestellte. Dieser geballte Unmut beunruhigt mittlerweile auch die Parteibasis. Landtagsabgeordnete der CDU und die Aktiven vor Ort sind nicht bereit, die Kürzungen mitzutragen.

Doch die CDU in Düsseldorf steckt in der Klemme. Zu eng hat sie sich an ihren neoliberalen Koalitionspartner gekettet. Mittlerweile wackelt in der Regierungskoalition der Schwanz mit dem Hund: Erst treiben die Liberalen die CDU zu weitergehenden Sparanstrengungen, dann sollen die Einsparungen doch mit zusätzlichen 50 Millionen korrigiert werden. In der für NRW so wichtigen Frage der Steinkohlesubventionen ist der Streit zwischen FDP-Fraktionschef Papke und Wirtschaftsministerin Thoben entbrannt. Und es entsteht pausenlos neuer Streit: um die Schulpolitik, die Haltung zum Elterngeld, den Personalabbau, die Rauchmelderpflicht, Lohnerhöhungen, Dritte-Welt-Projekte usw.

Und wo ist Jürgen Rüttgers. Als Ministerpräsident des größten Bundeslandes verhält er sich nicht anders denn als Oppositionsführer. Er taucht ab, schweigt, ist schlecht beraten, wankelmütig und kippt um. Er pfeift seinen Koalitionspartner nicht zurück. Der Generalsekretär des von ihm geführten CDU-Landesverbandes schmeißt entnervt das Handtuch. Mitarbeiter seiner Staatskanzlei bekriegen sich öffentlich und beschern ihm eine peinliche Imagekampagne. Der Chef der Staatskanzlei ist außen vor. Sein personeller Überraschungscoup Schulministerin Sommer gilt bei Eltern, Schülern, Lehrern und Lehrerverbänden als grenzenlos überfordert. Auf ihren Rat hin schwingt sich Jürgen Rüttgers zum Retter der Grundschulen auf, deren Existenz gar nicht bedroht ist und steht als der Blamierte da. Sein Verkehrsminister Wittke gilt mittlerweile als Lautsprecher, den niemand mehr ernst nehmen kann. Innenminister Wolf animiert die Autofahrer zu illegalen Wendemanövern auf Autobahnen. Aber nicht nur das: Auch die von ihm erarbeitete "Polizeireform" ist nur ein Stückwerk, das selbst in der CDU-Fraktion auf größte Kritik stößt. Um Jürgen Rüttgers Durchsetzungskraft ist es also auch als Regierungschef nicht besser bestellt. Das gilt hier im Land und erst recht im Bund. Er konnte keinen Politiker des größten Landesverbandes der CDU im Kabinett Merkel durchsetzen und war derart um seinen Einfluss besorgt, dass er sogar die SPD-Unterhändler bei den Berliner Koalitionsverhandlungen um Hilfe bitten musste.

Jürgen Rüttgers über seine Wahlversprechen:

"Natürlich habe man in der Opposition manches verkündet, das heute nicht mehr einzuhalten ist; so sei nun mal das politische Geschäft."

(auf einer CDU-Veranstaltung in Bornheim, zit. Nach Kölner Stadtanzeiger, 06.03.2006)

Versprochen - Gebrochen

Die CDU hatte mit drei großen Vorwürfen im Wahlkampf Stimmung gemacht. Bis jetzt hat die schwarz-gelbe Landesregierung nichts getan, um die Probleme zu lösen.

CDU: 110 Milliarden Schulden - versprochen: Haushaltskonsolidierung

Doch der neue Finanzminister startet mit der höchsten Neuverschuldung bei Einbringung eines Landeshaushaltes, die NRW je erlebt hat, und mit der Ankündigung von verfassungswidrigen Haushalten bis 2010, von denen der erste jetzt vorliegt. Er ist also der größte Schuldenmacher.

Rüttgers: "Die Fortsetzung der hemmungslosen Schuldenmacherei ist aber das Letzte, was Nordrhein-Westfalen braucht." (am 5. März 2005 auf dem Landesparteitag der CDU in Bochum)

CDU: Fünf Millionen Stunden Unterrichtsausfall - versprochen: Unterrichtsgarantie

Rüttgers: "Wir wollen eine Unterrichtsgarantie." (am 5. März auf dem Landesparteitag der CDU in Bochum)

Von Unterrichtsgarantie spricht längst niemand mehr. Es sollen nur noch "Maßnahmen" gegen Unterrichtsausfall ergriffen werden. Nur leider können diese Maßnahmen gar nicht wirken. Auch die für diese Legislaturperiode angekündigten 4000 neuen Lehrerstellen entpuppen sich als Mogelpackung. Denn zugleich hat die Landesregierung festgelegt, dass sie bis 2009 jedes Jahr 500 Stellen im Schulbereich streichen will. Das macht Netto also nur noch ein plus von 2000 Stellen.

CDU: Eine Million Menschen ohne Arbeit - versprochen: Aktivierung eines Beschäftigungspotenzials von einer Million Jobs

Rüttgers vollmundig: "Bei den Flughäfen, bei den Hochschulen, im Gesundheitssektor, bei den Privathaushalten und im Minijob-Bereich liegt ein enormes Beschäftigungspotential von mehr als eine Million Arbeitsplätzen in den nächsten zehn Jahren. Wir wollen alles dafür tun, dass soviel wie möglich davon realisiert wird. Das geht. Ich traue mir das zu." (am 5. März 2005 auf dem Landesparteitag der CDU in Bochum)

Inzwischen will Rüttgers nicht mehr wahr haben, dass er sich einmal viel zugetraut hat. Als Hannelore Kraft ihn daran erinnert, leugnet Rüttgers sein Versprechen: "Das stimmt nicht! Das ist gelogen!" (am 28. September 2005 im Plenum)

"Wahr ist: Rüttgers hat Jugendlichen mehr Geld versprochen, deren Volksinitiative unterstützt - und nun erhalten sie weniger Geld. Rüttgers kürzt ausgerechnet Kindergärten das Geld, obwohl er 2006 zum "Jahr des Kindes" ausgerufen hat. Rüttgers gibt den Bauern mehr Geld und nicht weniger 17 Millionen plus für die Kammern. Rüttgers kürzt die Gelder in einigen Bereichen deutlich stärker als um 20 Prozent (Frauenhäuser, Schwulengruppen, Umweltvereine, Studentenwerke). Jeder Sparkurs ist schmerzhaft. Doch fehlende Klarheit und Wahrheit enttäuscht und verbittert alle."

(Kommentar: WAZ 15.02.2006)

Auch in anderen Politikfeldern gilt das gebrochene Wort:

Versprochen

Gebrochen

Koalitionsvertrag: Jährlicher Stellenabbau in der Landesverwaltung von 1,5 Prozent	-	Stattdessen sind in den Ministerien zusätzliche Stellen geschaffen worden. Insgesamt hat die Landesregierung 91 Leute eingestellt, 65 dieser Stellen sind neu eingerichtet worden, allein für Ministerpräsidenten Rüttgers, in der Staatskanzlei, hat es 27 Neuzugänge gegeben.
Koalitionsvertrag: Keine Streichungen im Justizbereich	-	Justizministerin Müller-Piepenkötter streicht 383 Stellen und baut allein 2006 68 Stellen für Richter und Staatsanwälte ab
Koalitionsvertrag: Keine Streichungen im Bildungsbereich	-	tatsächlich werden auch Stellen in den Schulverwaltungen gestrichen. Außerdem wollte schwarz-gelb bis zum Ende der Legislaturperiode 4000 neue Lehrerstellen schaffen, baut aber gleichzeitig durch den Abbau von kw-Stellen 2000 Lehrerstellen ab. Wie sich die Kürzung der Weiterbildungsmittel um fünf Millionen auswirkt, bleibt abzuwarten.
Koalitionsvertrag: Keine Streichungen bei der Polizei, stattdessen Neueinstellungen	-	Minister Wolf baut 346 Polizeistellen ab, stellt 65 Angestellte ein, rationalisiert damit bei der Polizei 281 Stellen weg
Koalitionsvertrag: Keine Streichungen im Hochschulbereich	-	Entgegen der Aussagen, den Hochschulpakt einzuhalten, werden über diesen hinaus bis zu 200 Stellen an den Hochschulen zur Disposition gestellt
Koalitionsvertrag: Keine Studiengebühren für BAföG-Empfänger	-	BAföG-Empfänger müssen zum Teil Gebühren zahlen
Laut Minister Pinkwart "Geld-zurück-Garantie" für Studiengebührenzahler bei schlechter Lehrqualität	-	Im sogenannten Hochschulfreiheitsgesetz nicht mehr vorgesehen. Das Problem soll auf die Hochschulen abgewälzt werden.
CDU-Wahlprogramm: Verwaltungsstrukturreform	-	verschoben auf Mitte der nächsten Legislaturperiode
Koalitionsvertrag: Polizeireform	-	Experten sind sich einig, es handelt sich nicht um eine Reform, sondern um Stückwerk.
Koalitionsvertrag: Reform der Gemeindeordnung	-	Minister Wolf musste auf Druck der Rats-fraktionen den vielfach angekündigten Gesetz-entwurf immer wieder auf Eis legen. Es liegt noch nicht mal ein Referentenentwurf vor. Ob das Vorhaben nur aufgeschoben oder aufgehoben ist, vermag derzeit niemand zu sagen.

""Mit derart brachialen Kürzungen werden keine Weichen in Richtung Zukunft gestellt, sondern sozial- und jugendpolitische Strukturen zerschlagen."

(Kommentar: Aachener Nachrichten 16.02.2006)

Schwarz-gelb macht Politik ohne Herz und Verstand

Das ist an den bisherigen Vorhaben der schwarz-gelben Landesregierung, aber besonders an ihrem Haushaltsentwurf deutlich geworden. Die Landesregierung zieht sich nicht nur aus vielen Politikbereichen zurück. Schlimmer noch: Schwarz-gelbe Politik in NRW bedeutet neue Schulden, weniger Chancen, dafür aber neue Privilegien.

Neue Schulden

- Der Haushalt weist mit 5,9 Milliarden Euro die höchste Neuverschuldung eines Landeshaushalts bei der Einbringung auf. Die Investitionen liegen deutlich unter der Neuverschuldung, ohne dass die in der Verfassung vorgesehene Ausnahme einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt wird. Stattdessen beruft sich die Landesregierung auf den in der Verfassung nicht vorgesehenen Ausnahmetatbestand einer "Objektiven Unmöglichkeit". Eine Entschuldigung, die verwundert, da für viele "neue Privilegien" Mittel zur Verfügung stehen.
- Insgesamt steigt der Haushalt - bereinigt um Einmaleffekte des Jahres 2005 - um insgesamt 0,2 Prozent. Das widerspricht den Ankündigungen der Landesregierung, die Ausgaben des Landes nachhaltig zu senken.

Weniger Chancen:

Für die Kleinsten

- Denn die Kleinsten sind die größten Verlierer. Ausgerechnet im von Rüttgers ausgerufenen "Jahr der Kinder" kürzt schwarz-gelb bei den Kurzen. Die Mittel für die Kindertagesstätten sollen in 2006 gegenüber 2005 um 104,5 Millionen gekürzt werden. Das wird zu steigenden Elternbeiträgen führen. Trägern und Kommunen werden 2006 176,6 Millionen und 2007 sogar 218,8 Millionen für Betriebskosten und Investitionen fehlen.
- Auch die Schüler und ihre Eltern müssen herhalten. Sie müssen mit teureren Schülertickets und vielleicht sogar mit einer Ausdünnung der Leistungen im ländlichen Raum rechnen. Grund: Die Landesregierung will in diesem Bereich 27,4 Millionen Euro sparen. Zwei weitere Beispiele: die Schulmilchgewährung wird um 0,4 Millionen Euro gekürzt, die Unfallpräventionsarbeit (Verkehrswacht) wird massiv zurückgefahren.

Für Jugendliche

- Die Strukturen der Jugendarbeit sind massiv von den Kürzungen beim Landesjugendplan bedroht. Da der Haushaltsentwurf nur 75,1 Millionen statt der im Gesetz festgeschriebenen 96 Millionen vorsieht, muss die Landesregierung das Gesetz auch gegen Widerstand in den eigenen Reihen ändern. Dabei handelt es sich um einen Wortbruch sondergleichen. Denn der gesetzliche Anspruch auf 96 Millionen war in der letzten Wahlperiode als Reaktion auf die Volksinitiative, die massiv von CDU und FDP unterstützt worden war, festgeschrieben worden. Der Ministerpräsident selbst hatte am 28.01.2004 gefordert: "Die Kürzungen ... müssen zurückgenommen werden."

Schwarz-gelb macht Politik ohne Herz und Verstand

Weniger Chancen:

Für Familien

- Auch die Familienpolitik fällt dem Roststift zum Opfer. Im Bereich der Familienbildung und Familienberatung werden insgesamt fünf Millionen Euro gestrichen, allein bei der Familienbildung 1,3 Millionen. Gleichzeitig wird vollmundig das Konzept der Familienzentren verkündet. Doch eine eigene Förderung dieser Zentren findet nicht statt. Es wird immer deutlicher, dass es sich dabei nur um einen Marketing-Clou handelt: Denn mit diesen Kürzungen wird gerade den Institutionen, die in Zukunft die Familienzentren bilden bzw. mit ihnen kooperieren wollen, der finanzielle Boden entzogen. Hinzu kommen die beispielsweise von der Caritas prognostizierten Anhebungen der Elternbeiträge um bis zu 25 Prozent wegen der Kürzungen der Landeszuschüsse für den Elternbeitrags-defizitenausgleich.

Für Behinderte und Pflegebedürftige

- Die Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen werden um insgesamt 12,9 Millionen Euro gekürzt. Ausgerechnet Minister Sozialminister Laumann betont gerne, die Behindertenpolitik sei für ihn die Königin der Sozialpolitik. Wenn er jetzt behauptet, diese Kürzungen werden anderweitig kompensiert, dann ist das zunächst nicht mehr als ein bloßes Versprechen. Die Zahlen des Haushalts sprechen eine andere Sprache: Es gibt weniger Geld für Behinderte.

Für Frauen

- Die Einsparungen mit den drastischsten Folgen finden bei den Frauenhäusern statt. Sie müssen mit Kürzungen in Höhe von 3,5 Millionen Euro rechnen. Das bedeutet, dass grundsätzlich jede vierte Stelle in den Einrichtungen wegfallen muss. Es kann also nur noch die Unterbringung, keine Beratung und Begleitung im Anschluss gewährleistet werden. Der Betrieb an den Wochenenden kann nicht garantiert werden. Zu dieser Linie passt es, dass die "Landesfachstelle autonomer Frauen- und Mädcheneinrichtungen gegen Gewalt NRW" bereits zum Jahresbeginn geschlossen wurde. Zusätzlich dazu werden auch die Mittel für die Regionalstellen "Frau und Beruf" werden um 20 Prozent gekürzt.

Für Studenten

- Neben dem größten Einschnitt, den die Landesregierung den Studenten zufügt, nämlich die Einführung von Studiengebühren, sind Studenten auch durch den Haushalt von massiven Kürzungen betroffen. Die Jahreszuschüsse an die Studentenwerke werden um acht Millionen Euro gekürzt. Insgesamt geht die Förderung von Studierenden um insgesamt 4,34 Millionen Euro zurück. Zusätzlich dazu kommt durch das neue Studiengebührengesetz bei den Hochschulen und damit bei den Studenten weniger Geld an als versprochen. An den Hochschulen werden bis zu 200 Stellen zur Disposition gestellt.

Für das Ruhrgebiet

- Denn die Kürzungsabsichten um 41 Prozent bei der Ko-Finanzierung der EU-Strukturfördermaßnahmen werden ganz besonders die Städte im Ruhrgebiet treffen. Hier sollen rund 30 Millionen Euro von den Kommunen oder privaten Dritten erbracht werden. Zusammen mit dem EU-Anteil werden dem Ruhrgebiet 60 Millionen Euro vorenthalten. Da in Brüssel vorgesehen ist, dass die Ko-Finanzierung durch Dritte zukünftig nicht möglich sein wird, bedeutet dies eine drastische Mehrbelastung der betroffenen Kommunen. Gleichzeitig hat die Landesregierung die Mittel für den Grundstückfonds des Landes, aus dem die Aufbereitung vieler Brachflächen finanziert wird, auf Null gesetzt, was auch in erster Linie das Ruhrgebiet trifft.

Schwarz-gelb macht Politik ohne Herz und Verstand

Neue Privilegien

Für die Bauernlobby

- Die Landwirtschaftskammer wird nicht etwa reformiert, sondern bekommt zusätzliche 16,3 Millionen und bildet einen der größten Subventionsposten im Landesetat. Die Landesregierung rühmt sich ihrer 20-prozentigen Kürzungen in vielen Bereichen - hier haben wir es mit einer 20-prozentigen Erhöhung zu tun.

Für Pferde

- Die Reiterstaffeln bekommen nun mindestens zwei Millionen Euro pro Jahr, obwohl bereits ein Gutachten der Unternehmensberatung Kienbaum aus dem Jahr 1995 deutlich gemacht hat, dass diese aus einsatztaktischen Gründen überflüssig sind. Also eine Spielwiese für Polizisten, die nun bei der Kriminalitätsbekämpfung, im Wach- und Verkehrsdienst fehlen.

Für Flughäfen

- Für die Vergabe von elf Millionen aus dem Umweltetat an den Flughafen Münster-Osnabrück gibt es nur einen Grund: die Landesregierung will die großspurigen Versprechen ihrer Politiker vor Ort einlösen. Das ist Subventionsvergabe nach Gutsherrenart.

Für die Landesregierung

- Im Landeshaushalt sind die Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und externen Sachverstand drastisch erhöht worden. Trotz der Ankündigung, jährlich 1,5 Prozent der Stellen einzusparen, sind in den Ministerien zusätzliche Stellen geschaffen worden. Insgesamt hat die Landesregierung 91 Leute eingestellt, 65 dieser Stellen sind neu eingerichtet worden. Allein im Umfeld des Ministerpräsidenten Rüttgers hat es in der Staatskanzlei 27 Neuzugänge gegeben.

"Privat vor Staat" bedeutet Rückzug aus der Verantwortung

Die Landesregierung versucht sich mit dem Slogan "Privat vor Staat" aus ihrer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in NRW zu stehlen. Sie redet von "Freiheit vor Gleichheit" und meint, dass Kommunen, Hochschulen, Verbände, Kirchen, Selbsthilfeorganisationen oder die Betroffenen alleine mit ihren Problemen bleiben. Die Rede von der Stärkung der Selbstverantwortung ist zynisch.

Kommunen

Die Kommunen sind an vielen Stellen die Leidtragenden schwarz-gelber Politik. Sie sind durch die Einschnitte ins soziale Netz belastet, aber auch durch die Kürzung einer großen Zahl von Leistungen des Landes an die Kommunen. Allein die Kürzungen im Elternbeitragsdefizitausgleich schlagen mit 42,3 Millionen Euro negativ zu Buche. Weiter müssen sie mit den Kürzungsabsichten um 41 Prozent bei der Ko-Finanzierung der EU-Strukturfördermaßnahmen leben. Bei den Krankenhäusern werden die kommunalen und privaten Träger mit massiven Kürzungen konfrontiert. Denn für 2006 wurde ein Investitionsstopp verhängt, im Haushalt werden 28,6 Millionen Euro gekürzt und für die kommenden Jahre werden Verpflichtungen von insgesamt 225 Millionen Euro gestrichen. Zusammen mit den Einsparungen bei der Finanzierung von Großgeräten und den Krankenhauspauschalen gehen in der Krankenhausfinanzierung 268 Millionen Euro in den kommenden Jahren verloren.

Hochschulen

Im so genannten Hochschulfreiheitsgesetz des liberalen Innovationsministers gibt es lediglich Kredite und Ausfallfonds zulasten der Studierenden und der Hochschulen. Von Stipendien ist schon längst keine Rede mehr. Der Freiheitsbegriff der schwarz-gelben Koalition lautet: Null Risiko für die Bank, null Risiko für die Landesregierung, dafür aber hundert Prozent Risiko für Hochschulen und Studierende.

Kürzungen im Ehrenamt

Wer wie die schwarz-gelbe Landesregierung Aufgaben und Lasten auf Kommunen, Institutionen, Vereine und die Betroffenen verlagern will, müsste eigentlich besonderes Augenmerk auf die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements legen. Aber weit gefehlt! Im Vereins- und Verbandssport werden rund 1,5 Millionen Euro für die Übungsleiterpauschale und die Förderung des Ehrenamts gestrichen. Weitere Kürzungen gibt es bei der gesundheitlichen Selbsthilfe und den Krebsberatungsstellen. Gerade in diesen Bereichen können Kürzungen kleinster Beträge zu verheerenden Auswirkungen führen.